

BUNDESKANZLERAMT ■ ÖSTERREICH

DR. ALFRED GUSENBAUER
BUNDESKANZLER

An die
Präsidentin des Nationalrats
Mag. Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

XXIII. GP.-NR
360 /AB

20. April 2007

zu 385 /J

GZ: BKA-353.110/0020-I/4/2007

Wien, am 16. April 2007

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Öllinger, Freundinnen und Freunde haben am 28. Februar 2007 unter der **Nr. 385/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Leistungen und Beiträge nach dem Bezügegesetz gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Derzeit beziehen 62 Personen Ruhebezüge.

Zu Frage 2:

Derzeit beziehen 30 Personen Versorgungsbezüge.

Zu Frage 3:

2 Personen, die eine Option auf einen reduzierten Ruhebezug nach § 49f BezG geltend gemacht haben, beziehen diesen.

Zu Frage 4:

Im Jahre 2006 entstand für Ruhebezüge ein Aufwand in Höhe von € 7,659.196,59.

Zu Frage 5:

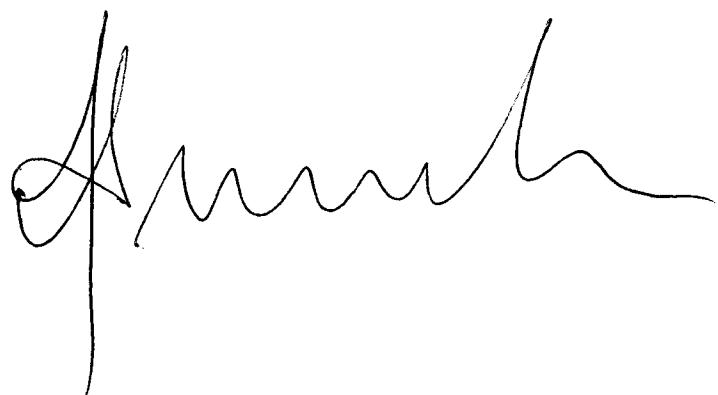
Für Versorgungsbezüge entstand im Jahre 2006 ein Aufwand in Höhe von € 2.061.239,42.

Zu Frage 6:

Im Jahre 2006 betragen die Einnahmen aus Pensionsbeiträgen (§ 12 BezG) € 198.479,32.

Zu Frage 7:

Die Einnahmen aus dem besonderen Pensionssicherungsbeitrag (§ 44 n BezG) betragen im Jahre 2006 € 1.111.214,85.

A handwritten signature consisting of a vertical line on the left, a loop at the top left, and a wavy line extending to the right.